

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

Vorlage-Nr.

1236/2013

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 28. August 2013
– Osteiner Hof –

Im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr ist absehbar, dass der Osteiner Hof künftig für zivile Nutzung offen stehen wird. Die Stadt Mainz hatte Ende April auf ein Vorkaufsrecht für die Immobilie verzichtet, weil sie sich nicht in der Lage sah, den hohen Kaufpreis und vor allem die hohen Instandhaltungskosten zu finanzieren. Nun hat der Bund ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet, um den Markt für potentielle Nachnutzungen zu sondieren. In einer Pressemitteilung vom 30. April 2013 betonte Oberbürgermeister Michael Ebling, dass die Stadt „selbstverständlich weiterhin sehr an der Zukunft des Osteiner Hofes interessiert“ sei.

Bei einer Begehung des Objekts am 8. August haben Experten festgestellt, dass die Struktur des Gebäudes durchaus verschiedene Nutzungen zulasse. So z.B. FH Professor Emil Hädler: „Durch die damalige Trennung zwischen Gesinde und feiner Gesellschaft enthält der Komplex mehrere verschiedene Zugänge und Treppenhäuser. Dies bietet die Chance, dass Interessenten auch nur Teile des Gebäudes erwerben könnten. So muss nicht ein Investor die Renovierungskosten für das Gesamtbauwerk alleine tragen.“

Da es an einem solchen Gebäude wie der Osteiner Hof ein hohes Interesse gibt, das Gebäude möglichst öffentlich genutzt zu wissen, wäre es sinnvoll, wenn die Stadtverwaltung sich um die Entstehung einer Bietergemeinschaft (zu der auch private Nutzer_innen und Kostenträger_innen gehören können) kümmern würde, oder wenigstens beim Land (Generaldirektion Kulturelles Erbe) vorstellig werden würde, um dies zu veranlassen. Erfahrungsgemäß sind die Immobilienverwaltungen des Bundes eher behäbig und berücksichtigen selten Interessen vor Ort. Damit eine potentielle Bietergemeinschaft weiß, auf was sie sich mit dem Osteiner Hof einlässt, sollte vorher eine Machbarkeitsstudie im Auftrag gegeben werden. Diese soll aufzeigen, welche Teilbereiche für welche Nutzungen umgebaut werden könnten, unter Berücksichtigung der Interessen des Denkmalschutzes, sowie mit welchen Instandsetzungskosten für welche Teile des Gebäudekomplexes zu rechnen sind.

Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung darum, die oben beschriebene Koordinierungsarbeit einzuleiten.

Für die Fraktion

Brian Huck